Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 24. März 1930
Montag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis monatlich 4.35 R.-M. (in Berlin eigene Botenzustellung.) Anzeigenpreis: 0.40 R.-M., Familien-Anzeigen und Stellengesuche 0.25 RM die 27 mm breite Millimeter-Zeile. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 140

24 S. a

10 Pfennig

Die „äußersten Konsequenzen"

Dr. F. K. Stürzt in dieser Woche die Reichsregierung, oder scheiden nur die beiden volksparteilichen Minister aus? Wenn sie stürzt: wer tritt die Nachfolgerschaft an? Wenn sie nicht stürzt: für wie lange ist sie gerettet, und welcher andere Ausweg aus einer gefährlichen und verfahrenen Situation ist dann noch vorhanden?

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim ist ohne Beschlüsse auseinandergegangen. Natürlich: Kein Parteitag kann den Fraktionen ihre Verantwortung abnehmen, keine Fraktion ihre Verantwortung den Ministern. Man hat sich im Zentralvorstand mit einer neuen Bekräftigung der Resolution des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion vom 2. März begnügt, die allerdings endlich alle Türen zuschlug. (Bis auf jenen Spalt, durch den der volksparteiliche Reichsfinanzminister zu neuen Verhandlungen schlüpfte, woraus sich seine von Dr. Brüning auf dem Provinzialparteitag des Zentrums beklagte Differenz mit der volksparteilichen Fraktion ergab.)

Da schon im vorhinein die Suche nach dem „Schuldigen" an einem evtl. Zusammenbruch der Regierung begonnen hat, ist diese Taktik vielleicht zu verstehen, obwohl sie vieldeutig ist. Die Anhänger der Großen Koalition entnehmen ihr eine Bestätigung ihrer Ansicht, und die Gegner brauchen die Hoffnung auch noch nicht aufzugeben. Der neue Parteiführer hat die erste Feuerprobe nicht schlecht bestanden. Sein starker Appell an die Parteien der Mitte zum Zusammenschluß, den er sich wohl zunächst als eine Art Arbeitsgemeinschaft von Treviranus bis Koch-Weser (über Scholz und Drewitz) denkt, wird ihm manche Sympathien dort gewinnen, wo er vor seiner Wahl zum Parteichef keine besaß. Sein Wort, gegen oder sogar ohne die Sozialdemokratie könne auf die Dauer in Deutschland nicht regiert werden, das dem Gedanken des gleichen Redners von der besonderen Gegensätzlichkeit zwischen Liberalismus und Sozialismus widerspricht, muß stutzig machen, weil es sehr fraglich ist, ob es den politischen Wirklichkeiten der Gegenwart gerecht wird, die klare Entscheidungen erfordern.

Durch nichts konnte die Verlagerung des Schwergewichts der deutschen Politik auf die Seite der inneren und Finanzprobleme deutlicher bekundet werden als durch die Tatsache, daß der Reichsaußenminister, der seinen Urlaub unterbrochen hatte, weder in der vertraulichen Sitzung des Zentralvorstandes noch auf dem Parteitag selbst das Wort ergriff. Der „Schlußstrich" unter eine vergangene Epoche, über die man im einzelnen nicht mehr streiten will, wurde dadurch sichtbar gemacht, und es bleibt nur noch zu bestreiten, ob die „wahrhaft politische Eröffnung" der neuen Epoche, von der Herr Hellpach schrieb, in Mannheim mit Glück vollzogen wurde.

Offen gestanden: Dieses Urteil kann erst abgegeben werden, wenn die Entscheidung über die Steuervorlagen gefallen sein, wenn die Reichstagsfraktion, deren Freiheit man nicht einschränkte, sich schlüssig gemacht haben wird, ob sie das neue riesengroße Opfer auf dem Altar der Koalition bringen oder ablehnen will. Man hat sich trotz aller einwandfreien Erfahrungen zu einem letzten Versuch entschlossen. Man will den guten Willen noch einmal bewiesen. Zweifellos ein Experiment, das nur mit äußerster Skepsis betrachtet werden kann. Immerhin finden auch wir es im Spiele der parlamentarischen Prestigekämpfe nicht ganz unbegreiflich und verweisen nur nochmals mit allem Nachdruck auf die Tatsache, daß die einzige offizielle Mannheimer Kundgebung die Bestätigung jenes kategorischen Beschlusses vom 2. März durch den Zentralvorstand war.

Die Chancen für das Schicksal der Regierung stehen beim Beginn der entscheidenden Reichstagsverhandlung 50:50 oder noch ungünstiger. Nach menschlicher Voraussicht müßte Ende dieser Woche die Regierung gestürzt sein. Am 1. April sollen die neuen Einnahmequellen fließen. Die Flügelparteien der herrschenden Koalition haben sich aber aus dem selbstverständlichen Zwang der politischen Tatsachen so sehr auseinandermanövriert, daß eine Einigung nur noch auf Kosten der sachlichen Erfordernisse des Staates gehen kann. Von der Finanzreform, die ursprünglich vor der Annahme der Young-Gesetze erfolgen sollte, ist keine Rede mehr. Dann hieß es, sie müsse mit der Annahme der Young-Gesetze verbunden werden. Auch dieser Plan fiel ins Wasser. Weitere Etappe: Finanzreform beim Reichshaushaltsplan 1930. Vergebliche Hoffnung! Im ungleichen Wettlauf mit den Ereignissen hält die Regierung jetzt bei dem Versprechen, wenigstens im nächsten Jahre, 1931, Ordnung in die Finanzen zu bringen. Wir wollen und können die subjektive Ehrlichkeit dieser Versprechungen nicht bestreiten. Aber sie sind deswegen reine Illusion, weil sie offenbar mit irgendeinem Gotteswunder rechnen, das nicht eintreten wird, weil ihre Autoren, in dem gewiß löblichen Bestreben, die Kassenlage zu sanieren, jeden ernsthaften Ansatz zur Sanierung der Ausgaben vermissen lassen. Solange das aber nicht geschieht, werden noch so reizvoll ausgestattete Wechsel auf die Zukunft nicht eingelöst werden können, und man wird, wenn dazu überhaupt noch Zeit ist, im nächsten Jahre nur versuchen, sie zu prolongieren. Schließlich ist doch erschütternde Tatsache, die diese „Zwangsläufigkeit" einwandfrei begründet, daß noch vor wenigen Monaten vom Reichsfinanzministerium für das Etatsjahr 1930 ein Steuersenkungsprogramm, für vertretbar gehalten wurde, während es heute erhebliche Steuererhöhungen fordert. Mit Dante zu reden: „Lasciate ogni speranza".

Dieser beklagenswerte Zustand ist leider durchaus nichts Wunderbares, weil es unmöglich ist, mit der Sozialdemokratie in der Regierung diejenigen gesetzgeberischen Reformen durchzusetzen, die nötig sind, um Stabilität und Sparsamkeit in die öffentliche Wirtschaft zu bringen. Wer diese Zusammenhänge immer noch nicht sehen will, sollte durch den letzten Sonntagsartikel des „Vorwärts" belehrt werden, der in geradezu aufreizender Ehrlichkeit ausplaudert, warum sich „die Farben Schwarz-Rot-Gold" und die rote Parteifahne der Sozialdemokratie viel besser miteinander vertragen, als Herr Scholz glauben will". In der demokratischen Republik und mit den Mitteln der demokratischen Republik vertrete die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiterklasse (keineswegs etwa der Gesamtheit der Staatsbürger) und fördere „das Eindringen gemeinwirtschaftlicher Elemente und Grundsätze in unsere vorwiegend noch kapitalistisch beherrschte Wirtschaft". Man könne sich vorstellen, daß in Deutschland „der letzte Rest von Kapitalismus verschwindet, ohne daß an der Verfassung von Weimar auch nur ein einziger Buchstabe geändert wird". Die Frage ist also: Wünscht die Deutsche Volkspartei, ja oder nein, diese Entwicklung? Es steht bei ihr, zu erwidern, wie sie es vor ihrem Gewissen und vor ihren Wählern verantworten will. Nur eins ist vollkommen unmöglich, nämlich sich in Parteiprogrammen und Reden als Vorkämpfer gegen den Sozialismus erklären, — (Von roten Ketten macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei!) — und in der praktischen Politik die angeblich bekämpfte Entwicklung geschehen lassen, ja sie erst ermöglichen. Die Sozialdemokratie, wenn sie allein den sozialistischen Irrsinnn in Deutschland durchzusetzen versuchen würde, wäre nur noch ein tägliches Abfall der Partei von heute, die auf den Schultern des Bürgertums und unter seiner historischen Mitschuld von Wahl zu Wahl, von Tag zu Tag größere Macht gewinnt. Sagen wir es doch einmal laut und einfach: Die „Taktik" des Bürgertums ist so gerissen, die „Klugheit" der Parteien so überspitzt, daß sie eifrig das Grab mitschaufeln helfen, in das sie gelegt werden sollen. Der „Kapitalismus" wird nicht an seinen Feinden, sondern höchstens an seinen Freunden zugrunde gehen.

Die volksparteilichen Minister gehören seit dem Tage der Verabschiedung des Young-Plans nicht mehr in die Regierung. Diese Entscheidung hat nicht das geringste mit „Reaktion" oder „Katastrophenpolitik" zu tun, sondern sie ist ein Erfordernis der einfachsten politischen Gewissenhaftigkeit gegenüber den anderen Koalitionsparteien, gegenüber der eigenen Partei und gegenüber der Nation. Austritt aus der Regierung heißt nicht Verlust der Macht, denn diese Macht ist durchaus problematisch. Austritt aus der Regierung heißt vielmehr ernste Vorbereitung auf die Gewinnung wirklicher Macht.

Das Kabinett Müller braucht im ganzen deswegen nicht zurückzutreten. Es besitzt eine Mehrheit im Reichstag auch ohne die Deutsche Volkspartei. Wenn der Reichskanzler trotzdem die Gesamtdemission vorzieht, die er heute nur als Pression androht, so würde, da die Opposition zur Zeit zur Regierungsbildung unfähig ist, wahrscheinlich wieder die Sozialdemokratie das Kabinett bilden. Auf jeden Fall wäre das logisch. Denn ihre falsche und illusionäre Politik hat das heutige Elend verschuldet, ihre Verantwortung müßte endlich klar herausgestellt werden. Neuwahlen fürchtet sie ja gerade deswegen wie die Pest, während die Deutsche Volkspartei, wenn sie sich auf ihre bürgerliche Sendung besinnt, von Neuwahlen nicht nur nichts zu befürchten, sondern nur zu hoffen hat.

Wählt man dagegen wieder den Weg des Kompromisses, der in diesen grundlegenden Fragen der Staatsauffassung und der Staatsmoral zur Stunde nicht mehr erfolgreich sein kann, dann ist die Herrschaft der Sozialdemokratie auf dem Rücken des Bürgertums für ziemlich lange Zeit stabilisiert. Dann können die bürgerlichen Beamten in der Tat lebhafte Bemühungen um den Erwerb eines sozialdemokratischen Parteibuches einleiten. Dann wird Herr Severing, der ja als Reichsminister des Innern im Gegensatz zu seiner preußischen Zeit viele Hoffnungen enttäuscht hat, nicht nur den gleichgültigen Herrn Frick in Thüringen, sondern auch den enthusiasmiertesten Mithelfern an der Befestigung seiner Herrschaft den Dank vom Hause Karl Marx abstatten, daß ihnen Hören und Sehen vergeht, ihnen ein Kulotteschicksal bereiten. Dann wird sich nach den Worten des „Vorwärts" in der Tat die rote Parteifahne der Sozialdemokratie mit den offiziellen Farben der Republik durchaus vertragen.

Wer wagt über Entscheidungen des Deutschen Reichstages auch nur auf eine Woche zu prophezeien? Ordnung im Staat, vernünftiger staatsrechtlicher Umbau auf dem Boden der Verfassung, wirtschaftliche Prosperität, Beendigung der Auflagung des Steuerzahlers, Rückkehr zur Sparsamkeit und Ehrlichkeit in der öffentlichen Wirtschaft, Wiederaufrichtung des Mittelstandes, Brot und Arbeit für die Millionen — das wollen wir. Die Sozialdemokratie ist eine Staatspartei, mit der unter anderen Umständen und zu anderen politischen Aufgaben vielleicht später wieder einmal eine Regierungsgemeinschaft gesucht werden kann. Aber heute hat diese Koalition ihren Sinn verloren.

Die Deutsche Volkspartei gehört heute zunächst einmal in die Opposition, wo sie sich selbst wiederfinden wird. Möge sie zugleich im Sinne der Rede des Parteiführers das Signal zur Sammlung des Bürgertums geben, damit endlich der sozialistischen Vorherrschaft, die das Land ins Verderben führt, ein gleichwertiger Machtfaktor entgegengesetzt werden kann. Nur auf diese Weise ist auch die überhandnehmende Verzweiflungsstimmung in den Massen des Volkes zu bekämpfen, auf die der Radikalismus seine Hoffnungen setzt.

Die umkämpften Agrarvorlagen

Widerstand links und rechts

Die zur Linderung der Notlage in der Landwirtschaft vorgesehenen zollpolitischen Maßregeln scheinen im Augenblick nicht mehr so gesichert zu sein, wie man das vor wenigen Tagen noch annehmen durfte.

Bekanntlich liegen dem Agrarprogramm in erster Linie die Auffassungen zugrunde, die der Reichsernährungsminister Dr. Dietrich nach Verhandlungen mit den Führern der Grünen Front gewonnen hat. Das Ergebnis erscheint freilich, wegen der ablehnenden Haltung der SPD., nicht als Regierungsvorlage, sondern in Form von Initiativanträgen der Parteien, in denen die Grüne Front ihre Querverbindungen unterhält.

Die Wirtschaftspolitiker der Sozialdemokratie sind gegen den größten Teil der vorgesehenen Maßregeln eingestellt. Das Maismonopol findet außerdem und mit vollem Recht erhebliche Widerstände im Bereich der nordwestdeutschen Viehzüchter und in den Hansestädten und hat in den Mittelparteien keineswegs viele Freunde. Man durfte aber bisher auf glatte Annahme der übrigen Vorschläge (Weizenzoll, Gerstenzoll, Mehlzoll, Roggenkleezoll, Maizzoll, Malza-Kartoffelzoll und Zuckerzoll) durch die Parteien, deren Exponenten in der Grünen Front sitzen, einschließlich Volkspartei und Demokraten, rechnen, und zwar nach dem System der wechselnden Mehrheiten.

Hier scheint jetzt aber ein Widerstand aufzutauchen, der nicht wirtschaftspolitisch bedingt ist: Bei den Deutschnationalen, deren Stimmen für die Erledigung der Agrarhilfe notwendig sind, suchen politische Tendenzen die Annahme der Anträge zu verhindern. Bekanntlich geht die Schiele-Gruppe, also der deutschnationale Flügel der Grünen Front, durchweg von der Ueberlegung aus, **vorgeschlagene Hilfsmaßregeln auch dann im Reichstag mit durchzubringen, wenn sie nur eine Deklaktion bedeuten und auf eine Brüskemilderung hinauslaufen, ohne daß alle Wünsche der Landwirtschaft erfüllt werden.**

Gegen diese im Interesse der Landwirtschaft bewährte Taktik wendet sich nunmehr ein Teil der dem Parteivorsitzenden der Deutschnationalen nahestehenden Reichstagsabgeordneten unter Führung Stubbendorffs,

Das Stubbendorffsche Programm, das als Konkurrenzprogramm zu dem der Grünen Front vor einigen Tagen bei den Deutschnationalen zur Diskussion gestellt wurde, fordert einen Weizenpreis von mindestens 320 Reichsmark und eine Kündigung sämtlicher Handelsverträge, die agrarische Positionen enthalten, zum nächsten Termin, ferner ein dem Reichsfinanzminister unterstehendes Staatsmonopol für die Maiseinfuhr.

Die Verwirklichung solcher Vorschläge wäre selbstverständlich wegen der handelspolitischen und ausfuhrhemmenden Wirkungen für die Industrie in keiner Weise tragbar und könnte von keiner der sonstigen bürgerlichen Gruppen mitgemacht werden.

Die Grüne Front hat sich bisher als die stärkste Klammer erwiesen für die Anfänge einer bürgerlichen Gemeinschaftspolitik. Eine Zerschlagung oder Schwächung dieses Instruments würde schweren Schaden nicht nur für die deutsche Landwirtschaft, sondern für alle Versuche einer bürgerlichen Erneuerung zur Folge haben

Reichsbankdiskont 5 Prozent

Die Reichsbank hat nunmehr die erwartete Diskontermäßigung vorgenommen, und zwar um ½ Prozent auf fünf Prozent mit Wirkung ab 25. März. In der Begründung wird hervorgehoben, daß dieser niedrige Satz den deutschen Geld- und Kapitalverhältnissen keineswegs entspricht, daß vielmehr die Entwicklung der Geldsätze im Auslande entscheidend gewesen sei.

(Siehe auch das „Handelsblatt".)

Briand kehrt nach London zurück

Das Ergebnis des englischen Schrittes in Paris — Das Fünf-Mächte-Abkommen kaum noch zu retten

sx. **London**, 24. 3. (Eigenbericht)

Als Folge des Schrittes, den die englische Regierung durch ihren Botschafter Lord Tyrrell am Sonnabend in Paris unternommen hat, ist heute die bevorstehende Rückkehr Briands nach London angekündigt worden. Der französische Marineminister Dumesnil ist heute morgen in London wieder eingetroffen. **Die Franzosen sind offenbar etwas beunruhigt über die Wirkung, die ihr Verhalten in der letzten Woche auf die Konferenz und die öffentliche Meinung gehabt hat.**

Ueber den Inhalt des englischen Schrittes in Paris verlautet, daß MacDonald die Franzosen vor die Alternative gestellt hat, sie müßten entweder sofort zurückkommen und die Verhandlungen wiederaufnehmen, oder aber er werde eine Vollsitzung der Konferenz einberufen und auf dieser Vollsitzung dann feststellen, daß die Franzosen die Konferenz verlassen und damit die Weiterarbeit unmöglich gemacht hätten. Briand hat daraufhin sofort erklärt, daß seine Abwesenheit lediglich der parlamentarischen Förderung der Ratifikation des Young-Planes diene und daß er, sobald er von diesen Arbeiten frei sei, nach London zurückkommen werde. Besonders haben sich die Engländer auch über den ungewöhnlichen Mangel an Formen beschwert, den die Franzosen an den Tag gelegt haben. Die beiden französischen Minister Dumesnil und Piétri haben am Freitag London verlassen, ohne dem Sekretariat der Konferenz oder dem Foreign Office oder auch nur dem Sekretariat MacDonalds hiervon Mitteilung zu machen. Dies ist ein krasser Verstoß gegen die bei solchen Gelegenheiten herrschenden Sitten und fast eine Beleidigung des Gastgebers.

MacDonald hat daher die Absicht, noch in dieser Woche eine Vollkonferenz einzuberufen, vorläufig aufgegeben. Man glaubt aber trotzdem, daß die Konferenz bald zu einer solchen öffentlichen Vollkonferenz ihre Zuflucht nehmen muß.

In dieser Vollkonferenz würde dann die Fünf-Mächte-Konferenz offiziell begraben werden und gleichzeitig der Entschluß der drei anderen Mächte angekündigt werden, ein Drei-Mächte-Abkommen abzuschließen.

Abgelehnt ist von England der französische Vorschlag, lediglich die technische Abrüstungstabelle in einem Fünf-Mächte-Vertrag festzulegen, um sie für die Genfer Weiterarbeiten zu retten. Die Engländer haben erklärt, daß die Konzessionen, die in dieser Tabelle an den französischen Standpunkt in der Kategorienfrage gemacht worden sind, nämlich die Zusammenfassung der Kleinen Kreuzer und Torpedoboote in eine große Klasse, nur für die Zwecke dieser Konferenz Geltung haben könnten. Ohne eine Festlegung der Franzosen auf ein Bauprogramm bis 1935 könne England diese Konzession nicht aufrechterhalten. Auch hätte England gar kein Interesse daran, daß eine solche Tabelle den Vorwand für den Abschluß eines inhaltlosen Fünf-Mächte-Vertrages gebe.

*

fs. **Paris**, 24. 3. (Eigenbericht)

Der „Temps" beschäftigte sich mit dem, wie es heißt, von MacDonald gemachten Vorschlag eines allgemeinen Flottenbaufeiertages bis 1936. Das Blatt kommt zu dem Schluß, es sei nicht erwiesen, daß der Vorschlag ein geeignetes Mittel wäre, um das Gesicht der Konferenz zu retten, die nur einige technische Ergebnisse als Arbeitsprodukt aufzuweisen habe.

*

Ein positives Ergebnis der Zollkonferenz

Genf, 24. 3.

Nach fünfwöchigen, außerordentlich verwickelten Verhandlungen kann die Zollkonferenz, die wegen ihrer zahllosen Schwierigkeiten mehrmals auseinanderzufallen drohte, nun doch mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen worden. Das Ergebnis gewährleistet eine weitgehende Stabilisierung der Handelsbeziehungen in Mitteleuropa und stellt damit eine erste Etappe auf dem Wege zum wirtschaftlichen Umbau und Zusammenarbeit Europas dar, wofür in einem besonderen, Protokoll über die nächsten Wirtschaftsverhandlungen besondere Richtlinien aufgestellt werden. Fünf Staaten, nämlich Belgien, Deutschland, England, Frankreich und Luxemburg, haben ihre sofortige Unterzeichnung des ersten mehrseitigen Handelsvertrages für die Schlußsitzung zugesagt. Die Vertretungen Hollands, Italiens und der Schweiz haben ihre sofortige Unterzeichnung als sehr wahrscheinlich bezeichnet. Mit dem Beitritt einiger Nachbarstaaten des damit sich bildenden Blocks vor Ablauf der Zeichnungsfrist (15. April) kann gerechnet werden.

Das Hauptergebnis der Konferenz ist die Konvention zur Stabilisierung der europäischen Handelsbeziehungen.

Sie kann von sechs zu sechs Monaten automatisch verlängert werden, was nach dem Gang der letzten Debatten und bei der jetzt gegebenen beschränkten Anzahl Signatarstaaten bis zum 1. Oktober 1931 zu erwarten steht. Die wichtigste Bestimmung dieses mehrseitigen Handelsvertrages betrifft die Unkündbarkeit der bestehenden Handelsverträge, Zusatzabkommen und sonstigen Handelsabmachungen, soweit sie vor dem Unterzeichnungstag in Kraft oder unterzeichnet sind, bis zum 1. April 1934. Mit dieser grundlegenden Verpflichtung der Konvention ist die Möglichkeit einer ruhigeren Handelspolitik in Mitteleuropa und eine Rückkehr zu einer im Sinne der Vorkriegszeit normalen Handelsvertragspolitik gegeben.